

## **Niederschrift Nr. 7 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 05.03.2003**

Sitzungsort: im Ratssaal, Verwaltungsgeb. II,  
Sitzungsdauer: 17:00 bis 18:45 Uhr

Den Vorsitz führte: Beigeordnete Lina Meyer

ANWESENDE:

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

#### **CDU/FDP**

Ratsherr Heino Ammersken  
Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser  
Ratsherr Rolf Bolinius  
Beigeordneter Helmut Bongartz  
Ratsherr Herbert Buisker  
Ratsherr Kurt Hannappel

#### **SPD**

Ratsherr Walter Davids  
Ratsfrau Helga Grix  
Ratsherr Kai-Uwe Schulze  
Ratsherr Hero Kalkkuhl für Ratsfrau Elfriede Meyer  
Beigeordnete Lina Meyer

### **Nichtstimmberichtigte Mitglieder** **Bündnis 90/Die Grünen** (Grundmandat)

Ratsherr Hermann Züchner

#### **Beratende Mitglieder**

Herr Wilhelm Grix  
Herr Norbert Haarmeyer  
Frau Elsa Hartwig  
Herr Klaas Hayenga  
Frau Soghra Janssen  
Herr Karl-Heinz Kracke

#### **von der Verwaltung**

Stadtrat Martin Lutz  
Städt. Oberamtsrätin Doris Tempel  
Frauenbeauftragte Okka Fekken  
FD-Leiter Gesundheit Dr. Ubbo Decker  
Dipl. Psych. Rainer Ostermann  
Stadtamtsfrau Elisabeth Szag  
Stadtamtsrat Gerhard Discus  
Stadtamtsmann Reno Wolff  
Stadtamtsrat Reinhard Kleen

## **Niederschrift Nr. 7 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 05.03.2003**

### **Als Gäste**

Frau Annelie Bügler, BISS  
Frau Horn-Wulfke, Frauenhaus Emden

2 Vertreterinnen der Presse

### **Punkt : 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Lina Meyer eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden, insbesondere die beiden Vertreterinnen der Presse und die Gäste aus Archangelsk. Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest.

### **Punkt : 2** Feststellung der Tagesordnung

Einwendungen gegen die vorliegende Tagesordnung werden nicht erhoben.

### **Punkt : 3** Genehmigung der Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 28.11.2002

Die Niederschrift Nr. 6. über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 28.11.2002 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

### **Punkt : 4** Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

## **B E S C H L U S S V O R L A G E N**

### **Punkt : 5** Vorlage 14-546 Erstellung einer Konzeption zur gesellschaftlichen Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in der Stadt Emden

Frau Lina Meyer übergibt den Vorsitz an Herrn Walter Davids.

Frau Tempel erläutert die Vorlage und erklärt, dass vom Ausschuss in der heutigen Sitzung lediglich eine Entscheidung darüber getroffen werden solle, ob die Verwaltung bezüglich des Angebotes zur Konzepterstellung mit der AWO die Verhandlungen fortsetzen solle. Es liege von der AWO ein Kostenangebot vor, dies sei jedoch noch nicht abschließend ausgehandelt. Über die Kosten sei, falls es gewünscht werde, in einer vertraulichen Sitzung zu beraten. Sie bittet, sich zu etwaigen Änderungswünschen oder Ergänzungen bezüglich des vorgeschlagenen Inhaltes des Konzepts zu äußern.

Herr Ammersken erkundigt sich, ob der Integrationsrat in die Erstellung der Konzeption eingebunden sei.

Frau Tempel erklärt, sie habe den Integrationsrat in der am Vortag stattgefundenen Sitzung informiert. Bei der Entwicklung der Konzeption werde er selbstverständlich eingebunden.

## **Niederschrift Nr. 7 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 05.03.2003**

Herr Dr. Beisser erkundigt sich, ob die AWO einziger Anbieter für eine derartige Konzeption sei oder ob diese nicht auch von der Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven erstellt werden könne. Er spricht sich dafür aus, der Sprachförderung oberste Priorität einzuräumen.

Frau Tempel antwortet, dass die AWO mehr als 10 Jahre professionelle Beratungstätigkeit für Ausländer und Aussiedler ausübe und seit 2001 auch kooperative Migrationsarbeit leiste, die vom Land Niedersachsen gefördert werde. Die durch diese Praxis erworbenen Kenntnisse stellten ein Potenzial dar, welches andere in Betracht kommende Organisationen nicht mitbrächten.

Über Prioritäten in der Umsetzung solle erst nach Vorstellung des fertiggestellten Konzepts entschieden werden.

Herr Züchner begrüßt die geplante Maßnahme. Auch für ihn sind die Sprachschwierigkeiten das dringendste Problem.

Herr Kalkkuhl erkundigt sich nach dem betroffenen Personenkreis.

Frau Tempel erklärt, es seien ca. 2.500 Ausländer in Emden erfasst. Hinzu kämen die zugewiesenen Aussiedler und eingebürgerte Ausländer. Herr Lutz ergänzt, dass die letztgenannten Gruppen melderechtlich nicht besonders erfasst seien, so dass eine genaue Zahl nicht genannt werden könne.

Zu den angesprochenen Sprachproblemen gibt Herr Lutz zu bedenken, dass die Deutschkenntnisse auch bei vielen Deutschen schlecht seien.

Frau Soghra Janssen freut sich, dass ein Integrationskonzept endlich in Angriff genommen werde. Sie bittet, möglichst alle Akteure in die Erarbeitung der Konzeption einzubinden.

Herr Bongartz erklärt, dass die Verbesserung der Integration in allen Fraktionen unstrittig sei. Das jetzt zu erstellende Expertenkonzept sei aber nur der erste Schritt. Im Haushalt müssten die weiteren Schritte abgesichert werden, damit die Umsetzung nicht an fehlenden Mitteln scheitere.

Herr Ammersken erkundigt sich, inwieweit die Asylbewerber einbezogen seien.

Da deren Kinder schulpflichtig seien und sie gemeinnützige Tätigkeiten ableisteten, seien auch bei ihnen im sprachlichen und Erwerbsbereich Integrationsansätze vorhanden, erklärt Frau Tempel.

Beschluss: Der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Emden e.V. wird der Auftrag erteilt, bis zum 31.10.2003 für die Stadt Emden ein Konzept zur gesellschaftlichen Integration von Menschen mit Migrationshintergrund zu erstellen.

Ergebnis: einstimmig

Frau Lina Meyer und Herr Wilhelm Grix haben an der Beratung und Beschlussfassung dieses Tagesordnungspunktes nicht teilgenommen.

## Niederschrift Nr. 7 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 05.03.2003

### MITTEILUNGSVORLAGEN

**Punkt : 6** Vorlage 14-547  
Vorstellung der Arbeit des Sozialpsychiatrischen Verbundes

Herr Rainer Ostermann beschreibt die psychiatrische Versorgung in der Stadt Emden und stellt die Arbeit des Sozialpsychiatrischen Verbundes vor. Er betont, dass die gewünschte umfassende flächendeckende Versorgung im psychiatrischen Bereich in mindestens zwei Punkten in Emden nicht gegeben sei. So würden mehrfach chronisch Suchtkranke bisher kein Angebot in Emden finden. Hier sei bisher kein geeignetes Gebäude für ein bereits konzipiertes Heim gefunden worden. Als Desaster bezeichnet er die psychiatrische Versorgung von Kindern und Jugendlichen. Diese müssten regelmäßig an Einrichtungen in Leer, Papenburg und Wilhelmshaven verwiesen werden.

Frau Meyer erkundigt sich, wie der Ausschuss Hilfestellung geben könne.

Herr Ostermann bittet um Beteiligung der Fraktionen an einem einzurichtenden Fachbeirat.

Herr Grix ergänzt die Ausführungen von Herrn Ostermann am Beispiel der deprivierten Alkoholkranken. Diese in einem Heim in Emden unterzubringen, sei auch aus Kostengründen sehr interessant. Die Betreuung in einem Heim sei erheblich kostengünstiger als die jetzt einzig zur Verfügung stehende stationäre Unterbringung im Krankenhaus. Außerdem habe sich in anderen Städten gezeigt, dass ein Drittel der Betroffenen wieder in den Arbeitsprozess integriert werden könnten. Für ein derartiges Angebot sei aber eine Bewusstseinsänderung in der Bevölkerung erforderlich.

Herr Züchner erkundigt sich, ob auch die gerontopsychiatrische Versorgung ein Thema des gewünschten Fachbeirates sein könne.

Herr Ostermann bestätigt, dass dies sogar zu einem immer größeren Thema werden müsse, da aufgrund der demografischen Entwicklung mit immer mehr alten alleinlebenden Menschen zu rechnen sei, die zu depressiven Störungen neigten.

Frau Meyer bittet abschließend alle an der Mitarbeit in dem genannten Fachbeirat Interessierten aus dem Ausschuss sich direkt an Herrn Ostermann zu wenden.

**Punkt : 7** Vorlage 14-548  
Tätigkeitsbericht der Beratungs- und Interventionsstelle bei häuslicher Gewalt (BISS gegen häusliche Gewalt)

Frau Annelie Bügler stellt die Arbeit der BISS in Emden anhand eines Folienvortrages vor.

(Die verwendeten Overhead-Folien sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.)

Auf Nachfrage von Herrn Hannappel erklärt Frau Bügler, dass nach Schätzungen jede 4. Frau in Deutschland Opfer häuslicher Gewalt werde.

Weiter möchte Herr Hannappel wissen, was geschehe, wenn Frauen eine zunächst erstattete Anzeige zurückzögen.

## **Niederschrift Nr. 7 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 05.03.2003**

Frau Bügler antwortet, dass die Polizei von Amts wegen ermittele. Es könne jedoch zur Einstellung des Verfahrens kommen, wenn die Frau einzige Zeugin und nicht mehr zu einer Aussage bereit sei.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Beisser erklärt Frau Bügler, dass die gezeigte Statistik Fallzahlen ausweise. In dem genannten Zeitraum habe es sechs Wiederholungstäter gegeben.

Die Frage von Herrn Davids nach der Altersstruktur der Betroffenen beantwortet Frau Bügler dahingehend, dass alle Altersstufen betroffen seien.

Zur Strafverfolgung ergänzt Herr Bongartz, dass Körperverletzung ein Straf- und Antragsdelikt sei. Nur wenn ein besonderes öffentliches Interesse vorliege, würde dieses von der Staatsanwaltschaft von Amts wegen weiterverfolgt. Dieses besondere öffentliche Interesse würde aber seit Verabschiedung des Gewaltschutzgesetzes erheblich öfter konstatiert. Insofern würde die Staatsanwaltschaft jetzt eine andere Linie fahren. Auch die rechtlichen Möglichkeiten für die Polizei seien jetzt besser.

Frau Meyer bedankt sich im Namen des Ausschusses bei Frau Bügler für den interessanten Vortrag.

Frau Fekken äußert abschließend den Wunsch, dass die Ausschussmitglieder zu Multiplikatoren werden könnten, um zu einer Bewusstseinsänderung gegenüber der Gewalt in der Familie beizutragen. Zur rechtlichen Information verteilt sie eine Zusammenfassung über die Handlungsmöglichkeiten für Opfer häuslicher Gewalt nach dem Gewaltschutzgesetz sowie die polizeiliche Wegweisung nach dem Polizei- und Gefahrenabwehrgesetz an alle Ausschussmitglieder.

**Punkt : 8** Vorlage 14-549  
EU-Programm IBPP; Projekt zwischen der Stadt Emden und der Stadt Archangelsk

Frau Szag informiert den Ausschuss über das neue Projekt zwischen der Stadt Emden und der Stadt Archangelsk im Rahmen des EU-Programms IBPP (Institution Building Partnership Program) Sie wird in den nächsten Sitzungen regelmäßig über den Projektverlauf berichten.

**Punkt : 9** mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

### FHOOW-Projekt

Frau Tempel teilt mit, dass die FHOOW am 27.02.2003 an sie mit der Bitte herangetreten sei, sich als Kooperationspartnerin neben der Bezirksregierung Weser-Ems an einem Forschungsvorhaben mit dem Titel „Zielorientierte Altenhilfe und Pflege in regionalen Modellen“ zu beteiligen. Das Forschungsvorhaben solle am 01. Oktober 2003 beginnen und insgesamt 18 Monate dauern. Mit dem Forschungsvorhaben sollten ausgehend vom Beispiel der Stadt Emden Reform- und Innovationspotenziale der lokalen Altenhilfe und Pflege festgestellt werden. Seitens der Stadt Emden sei an eine Mitarbeit des Sozialplaners, eine Ärztin aus dem Fachdienst Gesundheit und der Fachdienstleiterin des Fachdienstes Besondere Hilfen gedacht. Ab März 2004 solle die Koordinatorin des Forschungsvorhabens in einem Büro des Fachbereiches Gesundheit und Soziales untergebracht werden. Zusätzliche Personalkosten entstünden nicht. Für die Beantragung der Fördermittel (Ministerium für Wissenschaft und Kultur, Land Niedersachsen) sei seitens der Stadt Emden bereits morgen eine Absichtserklärung zur Kooperation abzugeben. Seitens des Fachbereiches sei die Bereitschaft vorhanden,

## **Niederschrift Nr. 7 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 05.03.2003**

das Forschungsvorhaben zu unterstützen, sie bitte den Ausschuss um zustimmende Kenntnisnahme.

Es werden keine Bedenken geäußert.

Ergebnis: Kenntnis genommen

### Sachstandsbericht Soziale Stadt Barenburg

Herr Discus berichtet, dass derzeit ein integriertes Handlungskonzept für den Stadtteil Barenburg in Vorbereitung sei. Darin eingeflossen seien die Beschlüsse des Stadtteilbeirates für die Jahre 2003/2004, die Ergebnisse der Zwischenbilanz vom 09.11.2002 und die Ergänzungen der gemeinsamen Sitzung des Stadtteilbeirates mit dem Projektteam vom 26.02.2003.

Weiter gibt Herr Discus bekannt, dass derzeit 49 Barenburger Bürger in verschiedenen Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen beschäftigt würden. Aus Mitteln der Hilfe zur Arbeit seien knapp 435.000,- EURO in den Stadtteil geflossen. Hinzu kämen ca. 8.700,- EURO als Verpflegungszuschuss an die Schule „Grüner Weg“.

Auf den Einwand von Herrn Züchner, dass die Mittel auch ohne die Soziale Stadt geflossen seien und in anderen Stadtteilen auch erhebliches geleistet werde, erklärt Herr Discus, dass sich die Blickrichtung durch das Projekt Soziale Stadt verändert habe. Inzwischen würden ein Viertel aller derartigen Mittel in den Stadtteil Barenburg fließen.

### Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Grundsicherungsgesetz)

Herr Wolff gibt bekannt, dass bis zum 28.02.2003 insgesamt 979 schriftliche Anträge auf Grundsicherung eingegangen seien. 313 Personen davon hätten bereits vorher Sozialhilfe erhalten, 124 seien in Heimen untergebracht. 231 Anträge seien inzwischen bearbeitet, 84 davon mussten abgelehnt werden. In den ersten 3 Monaten des Jahres 2003 seien 143.500,- EURO ausgezahlt worden.

Herr Kracke erkundigt sich, inwieweit durch die Zahlung der Grundsicherung Einsparungen bei der Sozialhilfe ergeben hätten.

Herr Lutz erläutert, dass im Rahmen der Grundsicherung statt einer Pauschale das Tabellenwohngeld zu berechnen und zu zahlen sei. Damit sei ein höherer Aufwand verbunden und die Grundsicherungsempfänger würden nicht automatisch aus der Sozialhilfe herausfallen. Derzeit sei noch keine Entlastung festzustellen.

### **Punkt : 10**      Anfragen

Herr Bongartz möchte an das Thema „Demografische Entwicklung“ erinnern. Er schlägt die Bearbeitung im Rahmen eines Workshops vor.

Herr Dr. Beisser erkundigt sich nach der Seniorenanlage am Schwanenteich. Angeblich solle es hier neue Interessenten geben. Er bittet um Sachstandsbericht.

Frau Tempel sagt Beantwortung über das Protokoll zu.

Anmerkung des Protokollführers:

**Niederschrift Nr. 7 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 05.03.2003**

In der Verwaltung liegen keine neuen Informationen vor.

Frau Lina Meyer erkundigt sich, inwieweit das Wohnheim an der Larrelter Straße derzeit belegt sei.

Herr Wolff antwortet, dass das für 50 Personen ausgelegte Heim derzeit von 40 Personen bewohnt werde.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 18.45 Uhr.